

Antrag R-06
Jusos Bezirk Hannover**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme**Gemeinsam für eine wirklich solidarische Asylpolitik: Unsere Forderungen zur GEAS-Reform**

1 Das individuelle Recht auf Asyl ist unter anderem ei-
2 ne Lehre aus der nationalsozialistischen Geschichte
3 Deutschlands. Als Sozialdemokrat*innen stehen wir
4 fest zu diesem grundgesetzlich verbrieften Recht
5 und wir stehen dafür ein, Schutzsuchenden Schutz
6 zu bieten, wie wir es beispielsweise im Umgang mit
7 Geflüchteten aus der Ukraine gezeigt haben. Vor-
8 schläge, das Asylrecht einzuschränken, wie sie zu-
9 letzt von der CDU zu hören waren, lehnen wir ent-
10 schieden ab.

11 Deutschland als Teil der Europäischen Union hat
12 sich zu dem Europäischen Asylrecht gemäß Arti-
13 kel 78 des Vertrages von Lissabon verpflichtet. Lei-
14 der ist es bisher nicht gelungen, die notwendigen
15 neuen gemeinsamen Gesetzgebung zu beschlie-
16 ßen. Wir teilen eine gemeinsame Außengrenze,
17 über viele Jahre hinweg war es aber nicht möglich,
18 das dysfunktionale europäische Dublin-System ge-
19 meinsam zu reformieren. In der EU gibt es zu vie-
20 le nationale Regierungen, die rechts bis rechtsex-
21 trem ausgerichtet sind und mit denen eine pro-
22 gressive europäische Asylpolitik nicht zu realisie-
23 ren ist. Dieses Problem zeigt sich auch bei den Be-
24 schlüssen der EU-Innenminister*innen zur Reform
25 des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GE-
26 AS). Nach schwierigen Verhandlungen haben die
27 EU-Innenminister*innen zumindest ihre Position zu
28 den notwendigen Gesetzen beschlossen und zwar
29 mit Mehrheit gegen Ungarn und Polen, die eine
30 menschenwürdige Asyl- und Migrationspolitik ab-
31 lehnen. Auch wenn die Bundesregierung nicht alle
32 Forderungen in dem Beschluss durchsetzen konn-
33 te und wir als Sozialdemokrat*innen Änderungen
34 daran anstreben, erkennen wir an, dass dieser Be-
35 schluss nun die Verhandlungen mit dem Europäi-
36 schen Parlament ermöglicht. Das Europäische Par-
37 lament hat seinen progressiveren Standpunkt zu
38 den neuen Asyl- und Migrationsgesetzen bereits
39 im April beschlossen. Gemeinsam mit den sozialde-
40 mokratischen Abgeordneten im Europäischen Parla-
41 ment setzen wir deshalb darauf, im Trilog zur GEAS-
42 Reform einige zentrale Verbesserungen am Entwurf
43 des Minister*innenrats durchzusetzen.

44 Wir fordern deshalb:

Adressat:

SPD-Bundestagsfraktion

SPE-Fraktion

- 45 • Keine Durchführung von Asyl-
46 Schnellverfahren unter haftähnlichen Be-
47 dingungen an der EU-Außengrenze. Falls
48 das Grenzverfahren letztlich dennoch Teil
49 der Reform sein sollte, muss es auf wenige
50 Ausnahmefälle beschränkt werden. Außer-
51 dem, müssen die Sozialdemokrat*innen
52 im Europäischen Parlament zumindest die
53 menschenwürdige Unterbringung sowie die
54 Rechtsstaatlichkeit der Verfahren zur Bedin-
55 gung machen. Dazu gehört auch der Zugang
56 zu rechtlicher Beratung sowie die Möglichkeit
57 Widerspruch gegen einen negativen Bescheid
58 einzulegen. Entsprechende Maßnahmen zur
59 Sicherstellung der Wahrung der Menschen-
60 würde und der Rechtsstaatlichkeit müssen
61 dabei stets einer strengen Kontrolle unterlie-
62 gen, sodass die Einhaltung sicher ist. Wenn
63 die Bedingungen nicht mehr gegeben sind,
64 muss das Grenzverfahren eingestellt werden.
- 65 • Keine Abschiebung in Transitländer sowie
66 Staaten, die die Genfer Flüchtlingskonventi-
67 on nicht ratifiziert haben. Sichere Drittstaa-
68 ten können optional nur Länder sein, zu de-
69 nen es eine ernsthafte Verbindung - wie frühe-
70 rer Wohnsitz - gibt. Zudem muss der Zugang
71 zum Arbeitsmarkt, Bildung und Gesundheits-
72 versorgung gegeben sein.
- 73 • Keine Schutzsuchenden, die jünger als 18 Jah-
74 re sind, sowie ihre Begleitpersonen müssen
75 eindeutig von einem Grenzverfahren ausge-
76 schlossen sein. Es dürfen keine Familien mit
77 Kindern getrennt werden.
- 78 • Es soll keine verpflichtende Unzulässigkeits-
79 prüfung von Asylanträgen geben, die eine Prü-
80 fung aufgrund der Begründetheit ausschließt.
- 81 • Weiterhin eine klare Ablehnung des soge-
82 nannten "Ruanda-Modells", also Abkommen
83 mit Staaten wie Ruanda, um gegen Geldzah-
84 lungen dorthin Geflüchtete abzuschieben, die
85 keinen Bezug zum Land haben. Wir brauchen
86 einen durchsetzungsfähigen Solidaritätsme-
87 chanismus, der sicherstellt, dass alle Mitglied-
88 staaten sich solidarisch an Unterstützungs-
89 maßnahmen beteiligen. Es muss sicherge-
90 stellt werden, dass finanzielle Leistungen, die
91 von Mitgliedstaaten als Ersatz für die Aufnah-
92 me von Geflüchteten gezahlt werden, nicht
93 für Abschottungsmaßnahmen genutzt wer-

- 94 den dürfen. Stattdessen sollen sie der Unter-
95 bringung und Integration von Geflüchteten
96 in der EU und der Seenotrettung zugutekom-
97 men.
- 98 • Eine staatliche Seenotrettung im Mittelmeer.
99 Wenn das nicht mit allen EU-Staaten möglich
100 ist, muss diese Seenotrettungsmission nur mit
101 einem Teil der Mitgliedstaaten gebildet wer-
102 den.
 - 103 • Kompromisslose Ahndung von völkerrechts-
104 widrigen Pushbacks und Sanktionierung von
105 EU-Staaten, die Pushbacks legalisieren (wie
106 bspw. Litauen). Ein Grundrechte-Monitoring-
107 Mechanismus zu Grundrechtsverletzungen an
108 den Außengrenzen muss umgesetzt werden.
109 Damit einhergehend eine konsequente Auf-
110 arbeitung von Menschenrechtsverletzungen
111 durch oder unter Beteiligung von Frontex
112 (und angeschlossenen Organisationen) mit
113 entsprechenden Konsequenzen für die Agen-
114 tur. Wir setzen uns weiterhin für die Auflösung
115 von Frontex ein.
 - 116 • Ergänzend zu den jetzt diskutierten fünf
117 EU-Gesetzgebungen zur Reform des Gemein-
118 samen Europäischen Asylsystems (GEAS)
119 brauchen wir dringend weitere Regelung
120 zur regulären Einwanderung analog zu dem
121 Fachkräfteeinwanderungsgesetz und eine
122 klar geregelte Bleibeperspektive für gedul-
123 dete Flüchtlinge analog dem deutschen
124 Chancen-Aufenthaltsrecht.

125

126 **Begründung**

127 Der derzeitige Beschluss der EU-
128 Innenminister*innen und die Zustimmung des
129 Deutschen Bundestages zur GEAS-Reform haben
130 uns in Schock versetzt. Von haftähnlichen Lagern an
131 den EU-Außengrenzen, über Abkommen mit Tunesi-
132 en, bis zu Abschiebungen von Familien mit Kindern.
133 Von "Wir wollen die illegalen Zurückweisungen
134 und das Leid an den Außengrenzen beenden." aus
135 dem Koalitionsvertrag der "Fortschrittskoalition"
136 kann keine Rede mehr sein. Mit der deutschen
137 Zustimmung zu den Plänen der EU-Kommission
138 und dem damit einhergehenden Widerspruch zum
139 Koalitionsvertrag und dem Beschluss der Bund und
140 Länder beim Flüchtlingsgipfel am 10. Mai 2023, bei
141 dem weitere Verschärfungen des Asylrechts, wie
142 unter anderem eine Ausweitung der Abschiebehaft

143 beschlossen wurde, setzt die SPD-Innenministerin
144 den restriktiven Kurs des früheren Innenministers
145 Seehofers fort. Diesen hatte die SPD in der ver-
146 gangenen Koalition noch scharf kritisiert. Mit der
147 Zustimmung zu GEAS widerspricht die SPD sich
148 und dem Beschluss des SPD-Parteivorstandes für
149 eine humane und von Solidarität geprägte sowie
150 solidarische europäische Flüchtlingspolitik.

151 In den vergangenen zehn Jahren sind mehr als
152 26.000 Menschen auf der Flucht nach Europa an den
153 europäischen Außengrenzen gestorben oder gelten
154 seither als vermisst. Diejenigen Schutzsuchenden,
155 die es in die Europäische Union geschafft haben, und
156 unendliches Leid auf ihrem Weg für ein hoffentlich
157 besseres Leben erfahren haben, sollen nicht noch
158 mehr Leid erfahren und über Monate in Lagern, wie
159 wir sie bereits aus Moria und Lesbos kennen, unter-
160 gebracht werden.

161 Insbesondere durch den Bau neuer Grenzzäune,
162 dem EU-Türkei-Deal, der Zusammenarbeit mit der
163 libyschen Küstenwache und der Behinderung der
164 Seenotrettung, illegalen Pushbacks im Mittelmeer
165 und der Errichtung von geschlossenen Lagern auf
166 Griechenland, treiben die EU und ihre Mitgliedsstaa-
167 ten die europäische Abschottungspolitik und Ent-
168 rechtung von Schutzsuchenden voran.

169 Die Freude, mit der die Einigung der EU-
170 Innenminister*innen zum Teil begrüßt wurde
171 ("historische Einigung", Nancy Faeser), können
172 wir Jusos nicht teilen. Eine europäische Lösung
173 ist für uns kein Selbstzweck. Europäische Stan-
174 dards, die niedrigere Schutzstandards, die mehr
175 Lager und weniger Rechtsstaatlichkeit bedeuten,
176 sind für uns nicht erstrebenswert. Wir sehen
177 nicht, dass die GEAS-Reformpläne, wie sie die
178 EU-Innenminister*innen beschlossen haben, im
179 Sinne einer menschenwürdigen Asylpolitik wir-
180 ken werden. Dennoch sehen wir, dass sich die
181 Reform im Grundsatz nicht verhindern lässt und
182 dass die Mehrheiten in der EU nur begrenztes
183 Verbesserungspotential bieten. Wir setzen darauf,
184 dass das Europäische Parlament im Trilog dennoch
185 Verbesserungen der Reform durchsetzen kann und
186 wollen daran gemeinsam mit den sozialdemokrati-
187 schen Europaabgeordneten arbeiten. Von unseren
188 grundsätzlichen Forderungen für eine humanitäre
189 Asylpolitik rücken wir nicht ab, aber wir wollen für
190 die gegenwärtigen Reformbemühungen dennoch
191 die Verbesserungen durchsetzen, die möglich sind.